

Forderungen „Digitalisierung der Hauptstadt – Senior*innen nicht zurücklassen sowie selbstbestimmtes Leben ermöglichen“

Mehr als 900.000 ältere Menschen nutzen in Berlin moderne Technologien im Alltag zur Erhöhung der Lebensqualität, u. a. um ihr soziales Umfeld zu verknüpfen, oder notwendigerweise, weil Dienstleistungen immer seltener oder nicht mehr anders erbracht werden (siehe Banken, Fahrkartenautomaten etc.). Neue „smarte“ Technologien dürfen nicht über die Köpfe der – auch betroffenen älteren - Menschen hinweg implementiert werden. Menschliche Zuwendung im Miteinander, in Medizin, in Betreuung und Pflege, in den Verwaltungs- und Wirtschaftsprozessen darf nicht durch Algorithmen ersetzt, sondern bestenfalls unterstützt, werden. Wie die Digitalisierung das Zusammenleben in einer (alternden) Gesellschaft verändern wird, muss breit mit Chancen und Risiken diskutiert werden. Am 18.07.2018 hat der Landesseniorenbeirat Berlin die nachstehenden Forderungen anlässlich der Digitalisierung der Hauptstadt beschlossen:

1. Einsatz von digitalen Lösungen immer entsprechend dem Bedarf aus Nutzer*innenperspektive und nicht nur entsprechend der technischen Möglichkeiten
2. Senior*innen nicht elektronisch „bevormunden“ oder gar „entmündigen“ (Autonomie sichern, keine Überwachung)
3. Niedrigschwellige digitale Angebote, auch für Hochaltrige
4. Vor Einsatz eines technikgestützten Assistenzsystems bzw. bei Angeboten von Dienstleistungen auf Basis elektronischer Datenverarbeitung umfassende und verständliche Information der Nutzer*innen
5. Anspruch der Anwendung von Grundsätzen der Datenvermeidung und Datensparsamkeit
6. Sicherstellen einer hohen wie verständlichen Transparenz gegenüber Nutzer*innen zu Datenflüssen sowie einer laufenden Unterstützung (zumindest telefonisch, ohne lange Warteschleifen)
7. Komplizierte Alltagsabläufe durch einfache Lösungen ersetzen (Beispiel: kein kleinteiliges ÖPNV-Tarifsystem, kostenfreie Fahrt ersetzt schwer verständliche Bedienung von Fahrkartenautomaten)
8. Keine Nachteile, wenn sich ältere Menschen gegen den Einsatz von technikgestützten Assistenzsystemen oder gegen die Angebote elektronischer Informationstechnologien entscheiden

Forderungen „Digitalisierung der Hauptstadt – Senior*innen nicht zurücklassen sowie selbstbestimmtes Leben ermöglichen“

9. Soziale Sicherung von digitalen Angeboten: Finanzierbarkeit der Ausstattung mit PC, Drucker etc. und Inanspruchnahme von Weiterbildungsangeboten
10. Digitale Weiterbildung entsprechend der konkreten Lebenswirklichkeit der Senior*innen (Individuelle Schulungen dürfen nicht nur durch das Freundes- und Familiennetzwerk erfolgen, sondern altersgerechte wie der Lebensvielfalt entsprechende Weiterbildungsangebote müssen selbstbestimmt und wohnortnah wahrgenommen werden können.)
11. Analoge Information über digitale Beteiligungsverfahren
12. Umfassende Informationen zum E-Government-Gesetz (EGovB) und zu den Onlinezugangsgesetzen; Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten bei der Einrichtung des zentralen Serviceportals, des Service-Konto-Berlin und der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nach dem Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung; Erhalt der nicht-elektronischen Kommunikation und die Annahme von Erklärungen in den bisherigen Übermittlungsformen (persönlich, telefonisch, schriftlich, zur Niederschrift) auch über den 31. Dezember 2022 hinaus.
13. Verlässliche Erreichbarkeit des "kurzen" Drahts in die Verwaltung per Telefonnummer 115 sichern und breit über die Leistungen der Behördennummer informieren (Vorschlag LSBB: Nutzung aller Behördenfahrzeuge als Infoblätter für 115)

Die Forderungen basieren u. a. auf den Ergebnissen der LSBB Veranstaltungen wie dem LSBB Plenum am 16.05.2018 (<http://060.berlin/index.php?ka=1&ska=1&idn=454&idr=17>), dem Gerontologischen Salon am 25.02.2016 (<http://www.landesseniorenbeiratberlin.de/index.php?ka=1&ska=146&idn=65>) oder der Fachtagung am 03.04.2014 (<http://www.landesseniorenbeirat-berlin.de/index.php?ka=1&ska=76&idn=23>).